

Frankfurt, den 2. September 2006

Ausgangssituation

Die aktuelle Entwicklung in Nah-Ost zeigt unübersehbar, wohin es führt, wenn schwelende Konflikte mit militärischer Gewalt eingedämmt oder gar gelöst werden sollen. Diese kriegerische Auseinandersetzung steht beispielhaft für die zahlreichen anderen aktuell oder potenziell gewaltträchtigen Konflikte in der Welt: Afghanistan, Dafour (Sudan), Irak, Kaschmir, Kolumbien, Kongo, Kosovo, Kurdistan, Sri Lanka, Tschetschenien, Zimbabwe, um nur einige wenige zu nennen.

Die unzähligen Versuche, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, sind in der langen Geschichte von Kriegen fast immer gescheitert. Tod, Zerstörung und jede Menge Gründe für neue gewaltträchtige Konflikte waren die Folgen. Die immer wieder zu beobachtende Spirale von Gewalt, Gegengewalt und Gewalt gegen die Gegengewalt muss unterbrochen werden. Dabei kann der große Erfahrungsschatz aus den vielen erfolgreichen Versuchen gewaltfreier oder gewaltarmer Konfliktbearbeitung genutzt werden. Diese Erfahrungen werden und wurden jedoch häufig nicht zur Kenntnis genommen, obwohl sich hieraus Ansätze für nachhaltige Konfliktlösungen gewinnen lassen.

Hier ist nicht der Ort für Ursachenforschung. Wir wollen aber die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen ziehen und setzen daher bei der Bearbeitung von Konflikten auf Dialog, Teilhabe und Prävention. Dazu gehört vorrangig, nicht zu warten, bis »das Kind in den Brunnen gefallen ist«. Vielmehr gilt es, aktiv zu werden und zu handeln, wenn Konflikte sich entwickeln oder absehbar sind. Konflikte lassen sich dauerhaft nur durch Akzeptanz und Respekt vor dem Anderen lösen, durch den Ausgleich von Interessen und durch das Suchen nach Lösungen, die allen Beteiligten gerecht werden. Dabei wollen wir aber auch nicht verschweigen, dass es Situationen geben kann, insbesondere wenn »das Kind schon im Brunnen liegt«, in denen der Einsatz von Friedenstruppen – dann jedoch allein unter der Ägide der Vereinten Nationen – dazu beitragen kann, weitere Gewaltausübung zu verhindern, so dass zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung möglich wird.

Der Aufbruch zum Zivilen Friedensdienst

Diese Einschätzungen finden sich heute schon lange nicht mehr nur bei »friedensbewegten Träumern und naiven Pazifisten«, sie werden inzwischen von zahlreichen Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft, Kirchen und Gewerkschaften geteilt. An vielen Stellen finden sich im Handeln von Regierungen und der Zivilgesellschaft – wenn auch eher zaghafte – Ansätze präventiven und dialogischen Handelns.

Ein oft noch zu gering geschätztes erfolgreiches Ergebnis dieses neuen Denkens stellt der 1998 durch die damalige Bundesregierung etablierte und über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziell geförderte Zivile Friedensdienst dar.

- ▶ Der Zivile Friedensdienst ist ein freiwilliger Dienst von professionell ausgebildeten Friedensfachkräften, die in Krisengebieten beratend und unterstützend tätig werden. Mit Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung versuchen sie als »allparteiliche Dritte« zur Überwindung von Hass und Gewalt beizutragen, Dialog zwischen verfeindeten Gruppen wieder zu ermöglichen, die Friedenskräfte aller Konfliktparteien zu stärken, den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zu unterstützen und letztlich Versöhnungsprozesse zu befördern.
- ▶ Obwohl mittlerweile rund 250 Friedensfachkräfte aus Deutschland in vielen Krisengebieten tätig waren und die Erfahrungen mit diesem Instrument überall sehr positiv gesehen werden, verharrt der ZFD immer noch in seiner kleinen, überschaubaren Pilotphase. Dabei kostet bekanntermaßen jeder noch so kurze Militäreinsatz nach Ausbruch eines Konflikts ein Vielfaches dessen, was notwendig wäre, um mit Mitteln der Zivilen Konfliktbearbeitung präventiv den gewalttätigen Ausbruch eines Konflikts zu verhindern.

Frieden braucht Fachleute – Eine Ausstellung auf Reisen

In Hessen und Rheinland-Pfalz haben Gruppen, Organisationen und Institutionen aus Friedensbewegung, Kirchen, Gewerkschaften, politischer Bildung und Politik anderthalb Jahre lang mit der Wanderausstellung »Alternativen zur Gewalt – Frieden braucht Fachleute« an zwölf Orten in elf Städten das Konzept des Zivilen Friedensdienstes mit zum Teil hervorragender Resonanz – auch in den Medien – präsentiert. Die lokalen Netzwerke, an denen sich insgesamt 230 Organisationen, Initiativen und Institutionen beteiligten, organisierten 180 Begleitveranstaltungen mit über 7.000 Besucherinnen und Besuchern; 105 Schulklassen und Jugendgruppen kamen in die Ausstellung und setzten sich oft erstmals mit dem Gedanken auseinander, dass es nicht zwingend der Gewaltanwendung oder –androhung bedarf, um Konflikte zu lösen oder am Ausbrechen zu hindern. Über 3.000 Einzelbesucherinnen und –besucher haben sich darüber hinaus mit Konzepten und Praxis des Zivilen Friedensdienstes bekannt gemacht. Mehrere hundert ehrenamtliche Ausstellungsbetreuerinnen und -betreuer haben durch ihren Dienst die lokalen Präsentationen überhaupt erst ermöglicht.

Diese Ausstellungstour war ein erfolgreicher Anfang, die Arbeit von Friedensfachkräften und die Konzeptionen Ziviler Konfliktbearbeitung in der Öffentlichkeit in Hessen und Rheinland-Pfalz bekannter zu machen. Hieran gilt es anzuknüpfen. Denn wir mussten auch die Erfahrung machen, dass selbst im aktiven und interessierten Kern der Zivilgesellschaft das Wissen um Methoden und Erfahrungen gewaltfreier Konfliktbearbeitung und erst recht um den Einsatz von Friedensfachkräften noch eher gering und recht wenig verbreitet ist. Daran werden wir arbeiten.

Konsequenzen

Zivile Konfliktbearbeitung – im Sinne eines organisierten, konzeptionell wie organisatorisch in die bestehende Zivilgesellschaft vor Ort eingebundenen Einsatzes von Friedensfachkräften – ist nach unserer Ansicht das zentrale und effektivste Instrument zur Bearbeitung und Lösung von Konflikten, die gewaltsam zu eskalieren drohen.

Deshalb treiben wir die politische Auseinandersetzung über die richtigen Instrumente beim Einsatz in Konfliktsituationen voran und versuchen, mit unterschiedlichsten Mitteln und Aktionen die Erfahrungen und Chancen des Zivilen Friedensdienstes zu kommunizieren und die gesellschaftliche Zustimmung für diese Instrumente zu erhöhen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen mit Friedensfachkräften, die ihre konkreten Erfahrungen vorstellen, Workshops und Trainings in Schulen und Kirchengemeinden zu gewaltfreier Konfliktlösung, Friedensläufe mit begleitenden Veranstaltungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu erfolgreichen Beispielen gewaltfreien Handelns und anderes mehr.

Um diese Ziele zu erreichen und die politische Durchsetzbarkeit des Zivilen Friedensdienstes zu verbessern, bedarf es des Engagements vieler großer gesellschaftlicher Organisationen.

Wir bitten und drängen daher insbesondere Kirchen und Gewerkschaften, Parteien und wissenschaftliche Institutionen, sich dieser Herausforderung zu stellen. Ein erster Schritt wäre, die eigenen Mitglieder stärker als bisher über die Methoden und die Erfolgsträchtigkeit von Ziviler Konfliktbearbeitung zu informieren und die Erfahrungen mit dem Einsatz von Friedensfachkräften zu kommunizieren. Hilfreich wäre zudem, wenn den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Fortbildungen und Weiterqualifikationen zu diesem Arbeitsfeld ermöglicht und empfohlen würden – nicht zuletzt, um Methoden und Konzepte gewaltfreier Konfliktbearbeitung auch für die eigene berufliche Arbeit zu nutzen.

Ziel muss sein, beispielsweise in Kirchen und Gewerkschaften ein vergleichbar bedeutsames Engagement zu verankern, wie dies heute schon in der Entwicklungszusammenarbeit der Fall ist – zumal nach unserer festen Überzeugung Entwicklungszusammen-

arbeit und Ziviler Friedensdienst zwei Seiten derselben Medaille darstellen, die konzeptionell und praktisch eng aufeinander angewiesen sind, um erfolgreich sein zu können.

Ziel: Ausbildung und Einsatz von 500 Friedensfachkräften im Jahr

Bundesregierung und Bundestagsfraktionen fordern wir nach dem erfolgreichen Verlauf der ersten Pilotphase auf, die Mittel für den Zivilen Friedensdienst kräftig zu erhöhen. Für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften, aber auch für die notwendige intensivere Öffentlichkeitsarbeit für dieses Instrument ist ein Ausbau des Finanzrahmens unverzichtbar.

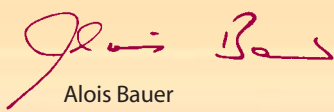
Statt der derzeit jährlich 14 Millionen Euro sollten in einem ersten Schritt rund 60 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden, damit die Zahl der gleichzeitig im Einsatz befindlichen Friedensfachkräfte von derzeit 130 auf zunächst 500 gesteigert werden kann. Erst wenn eine nennenswerte Anzahl von Friedensfachkräften in einem Konfliktgebiet gleichzeitig im Einsatz ist, wird es möglich, auf einen Konflikt in seiner Gesamtheit einwirken zu können, bevor er gewaltsam eskaliert. Diese Forderung ist nicht nur legitim und sachlich geboten, sie ist zudem gut realisierbar. Es bedarf dazu lediglich des entsprechenden politischen Willens. An Finanzierungsproblemen braucht diese Initiative nicht zu scheitern: Der Betrag von 60 Millionen Euro wäre deutlich kostengünstiger als jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Anstoß 1:

Die Zeit drängt. Die Phase kleiner Pilotprojekte ist vorbei. Es bedarf eines massiven Ausbaus dieses erfolgversprechenden Instruments – aus humanitären, ethischen, politischen und letztlich auch finanziellen Gründen. Der Zivile Friedensdienst kann nur dann mehr als eine Alibi-Veranstaltung zur eigenen wie öffentlichen Gewissensberuhigung sein, wenn er mit der notwendigen Anzahl gut ausgebildeter und erfahrener Friedensfachkräfte ausgestattet ist.

Anstoß 2:

Wir wollen zudem den Anstoß für eine Erweiterung der Debatte um den Zivilen Friedensdienst geben und bitten Bundesregierung und Bundestagsfraktionen sowie die größeren gesellschaftlichen Organisationen, ernsthaft zu prüfen, inwieweit das Instrument des Zivilen Friedensdienstes auch bei der Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte in Deutschland – im eigenen Land also – eingesetzt werden kann. Wir selbst sind überzeugt, dass dieses Instrument sich gut dazu eignen könnte, die Zivilgesellschaft zu stärken und alle in Deutschland lebenden Menschen für eine verbesserte demokratische Partizipation zu gewinnen.


Alois Bauer
pax christi-Bistumsstelle Mainz


Dr. Rüdiger Schlaga
Landeszentrale für politische
Bildung Rheinland Pfalz


Mechthild Gunkel
Friedenspfarrerin der Evangelischen
Kirche in Hessen und Nassau


Thomas Meinhardt
pax christi-Bistumsstelle Limburg